

Schutzkonzepte bleiben freiwillig

Müssen die Zürcher Schulen mehr gegen sexuelle Gewalt an Kindern tun? Nein, findet der Kantonsrat.

Sven Hoti

Eine Schule unter Schock, ein Lehrer in Untersuchungshaft. Was im Juni dieses Jahres in einer Schule im Stadtzürcher Schulkreis Glattal geschah, ist dort so noch nie vorgekommen. Ein 27-jähriger Lehrer soll sich gegenüber einem Schüler sexuell übergriffig verhalten haben. Der Beschuldigte ist teilweise geständig und inzwischen nicht mehr in U-Haft, es läuft weiterhin ein Verfahren gegen ihn wegen des Verdachts auf Delikte gegen die sexuelle Integrität.

Der Fall zeigt, wie effektiv Schulen in solchen Fällen handeln können: Zwischen der Erstmeldung durch eine Lehrerkollegin und die Beurlaubung des mutmasslichen Täters sind gerade einmal rund zwei Tage verstrichen, wie die «NZZ» berichtete. Dass dies in jedem Fall so vorbildlich ablaufen muss, dürften die linken Parteien im Kantonsrat bezweifeln.

Wie Vertreterinnen von AL, SP, Grüne, EVP, GLP, Mitte und FDP in einem Postulat nämlich schrieben, fehle es an vielen Schulen an Schutzkonzepten. «Um Präventionsarbeit umfassend greifen zu lassen, braucht es eine institutionelle Verankerung von schützenden Strukturen und Prozessen.» Die Schule sowie die Schülerinnen und Schüler müssten wissen, wie sie in Verdachtsfällen handeln sollten. Sie fordern, dass der Kanton die Schulen und Gemeinden dazu verpflichtet, entsprechende Schutzkonzepte auszuarbeiten.

Kanton verweist auf Gemeindeautonomie

In seiner Antwort beschrieb der Regierungsrat, auf wie viele Arten er die Schulen schon heute unterstütze, auch finanziell, wenn diese Schutzkonzepte ausarbeiten wollten. Die Gemeinden und Schulen dazu verpflichten möchte er jedoch nicht, es gelte die Gemeindeautonomie.



Erst im Juni machte ein Lehrer Schlagzeilen, der sich an einem Schüler vergriffen haben soll.

Symbolbild: DPA

Aus diesem Grund wollte er das Postulat als erledigt abschreiben. Die vorbereitende Kantonsratskommission beantragte jedoch mit hauchdünner Mehrheit von 8 zu 7 Stimmen, dass der Regierungsrat eine anderslautende Stellungnahme abgibt, ehe er das Geschäft zu den Akten legt.

Der Kantonsrat unterstützte am Montag nun mit ebenfalls hauchdünner Mehrheit von 87 zu 86 Stimmen den Vorschlag des Regierungsrats – alles bleibt also beim Alten.

«Ein Papier bietet keine Garantie»

SVP, FDP und Mitte fanden, dass der Regierungsrat aufgezeigt habe, dass er bereits genug tue, um Kinder an Schulen vor sexueller Gewalt zu schützen. Die Verantwortlichkeiten seien klar geregelt, bei den Volksschulen seien die Gemeinden zuständig, so Kantonsrätin Ursula Juncker (SVP, Mettmenstetten). Wichtig sei, dass die Schulen über effektive und tatsächlich gelebte Massnahmen verfügten – «unter welchem Titel auch immer», ergänzte Angie Romero (FDP, Zürich). «Die Pflicht zur Etablierung eines Papiers bietet dazu keine Garantie.»

Auch die Mitte zeigte sich zufrieden mit der Antwort des Regierungsrats. Die Schulen seien bereits sehr gut aufgestellt, sagte Kathrin Wydler aus Wallisellen und nannte als Beispiel das Angebot an Sozialarbeiterinnen und -arbeitern. Was die Linke fordere, schiesse übers Ziel hinaus, so die Schulpflegerin. Das Thema erhalte an den Schulen bereits die notwendige hohe Aufmerksamkeit.

Der Regierungsrat gebe die Verantwortung an die Gemeinden und Schulen ab, sagte Nadia Koch (GLP, Rümlang). «Es bleibt ihnen überlassen, ob und wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen.» Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) verwies darauf, dass Kitas und Heime schon heute zu entsprechenden Schutzkonzepten verpflichtet seien, «als logische Konsequenz müssten doch auch die Schulen verpflichtet werden».

«Verantwortung bei den Erwachsenen»

Für die Linke sind die Unterstützungsangebote des Kantons zu wenig an der Zahl. Sinnvolle Prävention setze bei den Erwachsenen an, fand Sibylle Marti (SP, Zürich). «Natürlich ist es wichtig, den Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass ihr Körper ihnen gehört. Aber die Verantwortung, dass es nicht zu Übergriffen kommt, liegt immer und ausschliesslich in den Händen der Erwachsenen.»

Die EVP sei kein Fan von anderslautenden Stellungnahmen, sagte Kantonsrat Hanspeter Hugentobler aus Pfäffikon. «Es ist jedoch ein hochprioritäres Anliegen. Da muss in Schulen absolute Nulltoleranz gelten.» Zudem sei es von Vorteil, wenn es an allen Schulen einheitliche Schutzkonzepte gebe.

Der Regierungsrat gebe die Verantwortung an die Gemeinden und Schulen ab, sagte Nadia Koch (GLP, Rümlang). «Es bleibt ihnen überlassen, ob und wie sie ihren Verpflichtungen nachkommen.» Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) verwies darauf, dass Kitas und Heime schon heute zu entsprechenden Schutzkonzepten verpflichtet seien, «als logische Konsequenz müssten doch auch die Schulen verpflichtet werden».

«Misstrauensvotum gegenüber Schulen»

Lehrpersonen müssten lernen, wie sie in Verdachtsmomenten reagieren müssen, so Knüsel weiter. «Wir trainieren an den Schulen Notfallszenarien wie etwa Evakuierungen, genauso

sollten auch die Handlungsabläufe verinnerlicht werden.»

Sexuelle Gewalt sei kein regionales Thema, also müsse der Kanton auch keine Rücksicht auf die Gemeindestrukturen nehmen, sagte Knüsel. «Die Gemeindeautonomie ist zwar ein hehrer staatspolitischer Leitsatz, er schützt Kinder und Jugendliche jedoch nicht vor sexueller Gewalt und Ausbeutung an den Schulen», doppelte Judith Stofer (AL, Dübendorf) nach.

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) hielt am Standpunkt des Regierungsrats fest: dass die Schulen Schutzkonzepte ausarbeiten könnten, wenn sie denn wollen, und dass der Kanton sie dabei unterstütze. «Wichtig ist, dass die Schutzkonzepte lokal, passgenau und vor allem partizipativ von den Schulen und Gemeinden erarbeitet werden. Dies erhöht deren Verbindlichkeit entscheidend.» Werde nun erwartet, dass der Kanton sie dazu zwingen, «ist dies vor allem ein Misstrauensvotum gegenüber den Schulen».

Polizei markiert neongelb Präsenz

Die jüngste Sicherheitsumfrage der Stadtpolizei Zürich (Stapo) ergab, dass sich ein grosser Teil der befragten Zürcherinnen und Zürcher mehr sichtbare Polizeipräsenz wünscht. Die Stapo will diesem Bedürfnis vor allem mit zwei Massnahmen entgegenkommen.

Ab 2025 werden die Polizistinnen und Polizisten in Etappen mit Westen ausgerüstet, bei denen ein Teil neongelb ist. «Man soll unsere Mitarbeitenden von weitem sehen», sagte Kommandant Beat Oppliger am Montag vor den Medien. Die gelben Westen-Teile seien nicht zuletzt bei nebligem Wetter oder bei Dunkelheit ein Vorteil.

Die zweite Massnahme, welche der Bevölkerung ein erhöhtes Sicherheitsgefühl vermitteln soll, sind mehr Polizistinnen und Polizisten auf E-Bikes. Künftig werden alle Mitarbeitenden für Einsätze und Patrouillen auf zwei Rädern geschult. Auch alle Aspirantinnen und Aspiranten würden künftig diese Ausbildung durchlaufen, sagte Oppliger. So sollen in rund zwei Jahren mehr Bike-Patrouillen auf Zürcher Strassen unterwegs sein.

Die Sicherheitsbefragung, welche die Polizei am Montag publizierte, zeigt, dass die Zürcherinnen und Zürcher der Stapo nach wie vor gute Noten geben. Sie erhielt 8,25 von 10 möglichen Punkten. Bei der Befragung von vier Jahren lag der Wert noch bei 8,21 Punkten. Das Sicherheitsempfinden in der Stadt ist nach wie vor hoch. In der Nacht jedoch fühlen sich vor allem Frauen und jüngere Befragte eher unsicher. Die meisten von ihnen meiden aber keine speziellen Orte.

Mehr als ein Drittel der Befragten vermutet jedoch, dass die Polizei nicht alle Menschen gleich behandelt, spricht, dass vor allem Migranten und Asylsuchende schlechter behandelt würden. Jüngere Befragte gaben zudem an, dass sie sich von der Polizei nicht immer ernst genommen fühlen oder diese als arrogant wahrnehmen.

30 zusätzliche Stellen beantragt

Während die Einwohnerinnen und Einwohner unter dem Strich aber zufrieden sind, stehen die Mitarbeitenden der Polizei unter hohem Druck. Dies vor allem, weil die Grossanlässe und Demonstrationen viele Ressourcen benötigen. «Wir sind an einem Punkt, wo wir nicht mehr alles so machen können, wie man das früher konnte», sagte Kommandant Oppliger. So habe die Stadtpolizei die Öffnungszeiten auf den Wachen verkürzt. Er räumte zudem ein, dass «weniger brisante Fälle», etwa Lärmklagen, je nach Auslastung verzögert behandelt würden.

Die Personaldecke bei der Stapo ist seit Jahren dünn. Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart (Grüne) hofft deshalb, dass der Gemeinderat bei der Budgetdebatte im Dezember die von ihr beantragten Stellen genehmigt. Insgesamt stellt sie Antrag auf 30 zusätzliche Stellen. Aktuell zählt die Stapo rund 1700 Korpsangehörige und 500 zivile Mitarbeitende. (sda/liz)

Streit um Kasernen-Umbau ist beendet

Heimatschutz gibt Widerstand gegen Glasaufbau auf - nun kann ein neues Bildungszentrum in Zürich entstehen.

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen kann es nun vorgehen mit der Umnutzung der alten Militärkaserne in Zürich: Der Zürcher Heimatschutz (ZHV) hat seinen Rekurs gegen den geplanten Umbau der Kaserne nahe beim Hauptbahnhof zurückgezogen. Obwohl der Heimatschutz weiterhin Bedenken hat, will er einen langwierigen Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang vermeiden.

Der Zürcher Heimatschutz zieht seine Beschwerde zurück, nachdem das Baurekursgericht

nach einem Augenschein wenig Aussicht auf Erfolg signalisiert hat, wie der ZHV am Montag mitteilte.

Glasaufbau stand in der Kritik

Der ZHV und der Stadtzürcher Heimatschutz (SZH) wollten die kantonalen Behörden dazu bewegen, beim Umbau der Militärkaserne in ein Erwachsenenbildungszentrum die Eidgenössische Denkmalpflege (ED) beizuziehen. Diese hatte das Kasernenensemble 2001 als von nationaler städtebaulicher Bedeutung bezeichnet. Der Kanton lehnte den Beizug der EKD jedoch ab.

Ein Dorn im Auge ist dem ZHV unter anderem der geplante Glasaufbau. Dieser sei zwar mittlerweile in der Höhe leicht reduziert worden, allerdings nicht aus denkmalpflegerischen Überlegungen, sondern um die revidierten Hochhausrichtlinien einzuhalten.

Die Kantonspolizei nutzte die Militärkaserne rund 30 Jahre lang und zog 2022 in das neue Polizei- und Justizzentrum auf dem früheren Güter-



Visualisierung zum geplanten Umbau der Kaserne in Zürich: Der Glasaufbau stiess auf beim Heimatschutz auf Widerstand.

Visualisierung: zvg

bahnhofs-Areal nahe der Hardbrücke um. Der Umbau zum Bildungszentrum für Erwachsene, das aus der kantonalen Maturitätsschule für Erwachse-

ne und der Berufsschule für Weiterbildung EB Zürich besteht, sollte gemäss ursprünglichem Zeitplan noch dieses Jahr beginnen. (sda)